

Zeitung

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostates und Provinzialteil Reich, Dresden, für die Inserate Rudolf Kohnstli, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Wollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königl. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanfragen vierteljährlich 2,70 M. ohne Beklagel. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inseritionsgebühr: Die 7. u. 8. Spalte 25 Pfennig, 9. Spalte 20 Pfennig, 10. Spalte 15 Pfennig, 11. Spalte 10 Pfennig. — Verlags- u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernnr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411

Nr. 214.

Halle, Montag den 16. September 1918.

2. Jahrgang.

Friedensbemühungen.

Eine österreichische Note an alle Kriegsführenden laßt zu Friedensbesprechungen ein.

Ein gemeinsamer Friedensschritt der neutralen Regierungen?

Wien, 14. September. Amtlich wird verlautet:

Eine objektive, gewissenhafte Prüfung der Verhältnisse aller Kriegsführenden Staaten läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß alle Völker, an welcher Seite sie auch kämpfen mögen, das baldige Ende des blutigen Kampfes herbeiführen. Trotz dieses natürlichen und begründeten Wunsches nach Frieden ist es bisher nicht gelungen, jene Vorbedingungen zu schaffen, die geeignet wären, die Friedensbestrebungen ihrer Verwirklichung näher zu bringen und die Lust, die Kriegsführenden gegeneinander noch hemmen und trennen, zu überwinden. Es müssen daher wirksamere Mittel und Wege in Erwägung gezogen werden, durch die den verantwortlichen Faktoren aller Länder Gelegenheit gegeben werden könnte, die gegenwärtig vorhandenen Schwierigkeiten einer Verständigung zu überwinden. Der erste Schritt, den Österreich-Ungarn einvernehmlich mit seinen Bundesgenossen zur Verwirklichung des Friedens am 12. Dezember 1918 unternehmen hat, führte nicht zu dem erhofften Ende. Die Gründe hierfür lagen wohl in den damaligen Verhältnissen. Um die im festen Abnehmen begriffene Kriegslust ihrer Völker aufrecht zu erhalten, hatten die alliierten Regierungen bis zu jenem Zeitpunkt jede Förderung des Friedensgedankens mit der strengsten Zurückhaltung zurückgehalten, und so kam es, daß der Boden für eine friedliche Verständigung nicht entsprechend vorbereitet war. Es fehlte der natürliche Überzeugung von der wahren Richtigkeit der Friedensbestrebungen. Es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß unser damaliger Friedensschritt dennoch ganz erfolglos blieb. Seine Früchte bestehen eben in jener nicht zu übersehenden Förderung, daß die Friedensbestrebungen aller Völker zum Schluß der Kriegshandlungen hin, und zwar auch die von Österreich-Ungarn, die Öffentlichkeit geführten Diskussionen gleichzeitig Beweise von dem nicht geringen Gesagten sind, welche die gegeneinander kämpfenden Mächte in ihrer Auffassung über die Friedensbedingungen heute noch trennen, so hat sich doch eine Atmosphäre gebildet, welche die Förderung des Friedensproblems nicht mehr ausschließt. Ohne übertriebenen Optimismus kann wohl aus den Besprechungen verantwortlicher Staatsmänner mindestens soviel konstatiert werden, daß der Wille, zu einer Verständigung zu gelangen und den Krieg nicht ausschließlich durch die Macht der Waffen zur Entscheidung zu bringen, auch bei den alliierten Staaten — bis auf einige geringe nicht gering einschneidende Ausnahmen von verblichenen Kriegshelden — allmählich doch durchgedrungen beginnt.

Die I. u. I. Regierung ist sich bewußt, daß nach den stehenden Umständen, die im Leben der Völker durch die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges verursacht wurden, die ins Werk gesetzte Weltordnung nicht mit einem Schlage wird aufgerichtet werden können.

Wäslam und langwierig ist der Weg, der zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den durch das Krieg und die Verheerungen getrennten Völkern führt. Doch ist es unsere Pflicht, den Weg der Verhandlungen zu betreten.

Und wenn es auch heute noch solche verantwortlichen Faktoren gibt, die den Gegner militärisch niederringen und ihm den Boden der Siegesaufstufungen wollen, so kann doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß dieses Ziel, angenommen, daß es überhaupt erreichbar ist, ein weiteres blutiges und langwieriges Ringen zur Voraussetzung hätte. Die für sämtliche Staaten und Völker Europas verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik würde aber auch ein späterer Sieg für die nicht mehr zumutenden Hütern. Nur ein Friede, der heute noch auseinandergehenden Auffassungen der Gegner in einer gerechten Weise ausgleichen könnte, würde der von allen Völkern ersehnte dauernde Friede sein. In diesem Bewußtsein und unter dem Bewußtsein, im Interesse des Friedens tätig zu sein, tritt nun die österreichisch-ungarische Monarchie neuerlich mit einer Anregung hervor,

um eine direkte Ausdrucksweise zwischen den einander feindselig gegenüberstehenden Mächten herbeizuführen.

Der erste Friedenswille breiter Bevölkerungsschichten aller durch den Krieg in Mitleidenhaftigkeit gesogener Staaten, die unsegbare Annäherung in einzelnen Kontroversen Fragen, sowie die allgemein verbreitete Atmosphäre, die sich im Leben der I. u. I. Regierung eine gewisse Gewähr dafür zu leisten, daß ein im Interesse des Friedens unternommener Schritt, der auch den auf diesen Gebiet gemachten Erfahrungen Rechnung trägt, im gegenwärtigen Augenblicke die Möglichkeit eines Erfolges bieten könnte.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat daher beschlossen, allen Kriegsführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gebanenaustausch gemeinsam zu unteruchen, ob jene Vorbedingungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsreich erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die I. u. I. Regierung die Regierungen aller Kriegsführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note geschickt.

Mit einer Note wurde dieser Schritt zur Kenntnis des Heiligen Stuhles gebracht und hierbei an das dem Frieden zugewandene Interesse des Papstes appelliert. Ferner wurden auch die Regierungen der neutralen Staaten von der Demarche (Schritt) verständigt. Das seit-enge Einverständnis, welches zwischen den vier verbündeten Mächten besteht, die die Gewähr dafür, daß die Verbindlichen Österreich-Ungarn, an welcher der Verständigung gleichwertig ergeht, in der Note entwickelte Auffassung teilen.

Der Wortlaut der Note.

Das Friedensangebot, das die Mächte des Verbundes am 12. September 1918 an ihre Gegner geschickt und dessen wertvolle Grundgedanken sie niemals aufgegeben haben, bedeutet trotz der Ablehnung, die es erhielt, einen wichtigen Abschnitt der Geschichte dieses Krieges. Zum Unterchiede von den ersten 2½ Kriegsjahren ist von diesem Augenblicke an die Frage des Friedens im Mittelpunkt der europäischen, ja der Weltöffentlichung gestanden und hat sie selber in immer heftigeren Maße beschäftigt und beherzigt. Der Reihe nach haben fast alle Kriegsführenden Staaten zur Frage des Friedens, seiner Voraussetzungen und Bedingungen immer wieder das Wort ergriffen. Die Linie der Entwidlung dieser Erörterungen war jedoch keine einseitige und stetige, die zugrunde liegenden Standpunkte w o c h s t e l t e n unter dem Einfluß der militärischen und politischen Lage, und zu einem gewissen, praktisch verwertbaren allgemeinen Ergebnis hat sie weitgehend bisher nicht geführt. Immerhin kann, unabhängig von allen diesen Schwankungen, festgestellt werden, daß der Wunsch der beiderseitigen Auffassungen sich im großen und ganzen etwas verringerte, daß sich trotz des ungleichen Fortschritts entschieden, bisher nicht überbrückter Gegensätze eine teilweise Abkehr von manchen der extremsten konkreten Kriegzielte geigt und eine gewisse Ueber einstimmung betreffs der allgemeinen Grundprinzipien des Friedens manifestiert. In beiden Sägern ist in breiten Bevölkerungskreisen ein Anwachsen des Friedens- und Verständigungswillens ungewisselt wahrzunehmen. Auch ein Vergleich der inneren politischen Lage des Friedensbegriffes der Verbundmächte

Einmaligen mit dem Friedensbegriff der neutralen Regierungen

Während beispielsweise noch in der Antwort der Alliierten an Präsident Wilson Forderungen erhoben wurden, die auf eine Herabsetzung Österreich-Ungarns, auf eine Verkürzung und tiefergehende innere Umgestaltung des Deutschen Reiches und auf die Herabsetzung des europäischen Weltstandes der Türkei hinausliefen, wurden späterhin diese Forderungen, deren Verwirklichung einer überwältigenden Sieg zur Voraussetzung hätte, in manchen Erklärungen amtlicher Stellen der Entente modifiziert oder zum Teil fallen gelassen.

So erklärte in einer vor etwa einem Jahre im englischen Unterhaus abgegebenen Erklärung, Mr. Asquith ausdrücklich, daß Österreich-Ungarn keine neuen Probleme selbst lösen müsse, und daß niemand von außen der Deutschland eine Verpflichtung auferlegen könne; Mr. Lloyd George erklärte zu Beginn dieses Jahres, daß es nicht zu den Kampfszielen der Alliierten gehöre, Österreich-Ungarn zu zerstören, das osmanische Reich seiner türkischen Provinzen zu berauben und Deutschland im Innern zu reformieren. Als symptomatisch kann auch gelten, daß Minister Delaunay im Dezember 1917 kategorisch die Annahme ausschloß, die englische Politik hätte sich jemals für die Schaffung eines selbständigen Staates aus den lintersehrischen Gebieten Deutschlands engagiert.

Die Ermutigungen der Mittelmächte lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nur einen Verständigungspunkt um die Unverletzlichkeit und Sicherheit ihrer Gebiete führen, die sie für eine weite Ausdehnung der Gebiete der neutralen Regierungen ist die Annäherung der Auffassungen hinsichtlich jener Richtlinien gegeben, auf deren Grundlage der Friede geschlossen und die künftige Ordnung Europas und der Welt aufbauen werden sollen.

Präsident Wilson hat in dieser Richtung in seinen Reden vom 12. Februar und vom 14. Juli dieses Jahres Grundzüge formuliert, die bei seinen Alliierten nicht auf Widerspruch gestoßen sind und deren weitgehende Anwendung auch auf Seiten der Verbundmächte keinem Einwand begegnen dürfte, vorausgesetzt, daß diese Anwendung allgemein und mit den Lebensinteressen der betroffenen Staaten vereinbar sei. Allerdings ist zu bedenken, daß eine Ueber einstimmung in den allgemeinen Grundgedanken nicht genügt, sondern es sich weiter darum handelt, über ihre Anwendung und über ihre Anwendung auf die einzelnen konkreten Kriegs- und Friedensfragen einig zu werden. Für einen unangeneben Beobachter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in allen Kriegsführenden Staaten ohne Ausnahme der Wunsch nach einem Frieden der Verständigung gemalt verfaßt ist, daß sich immer mehr die Auffassung Bahn bricht,

eine weitere Fortsetzung des blutigen Ringens müsse Europa in eine Trümmerstätte verwandeln und in einen Zustand der Erschöpfung versetzen, der seine Entwidlung auf Jahrzehnte hinaus lähmt, ohne daß eine Gewähr dafür bestünde, durch die seine Entscheidung durch die Waffen herbeizuführen, die von beiden Seiten in vier Jahren voll ungeheure Opfer, Leiden und Anstrengungen vergeblich angestrebt wurde.

Auf welchem Wege und auf welche Weise kann aber eine Verständigung angebahnt und schließlich erzielt werden? Besteht irgendeine sichere Aussicht, durch die Fortführung der Diskussion über das Friedensproblem in der bisherigen Art zu diesem Ziele zu gelangen? Regiere Frage haben wir nicht den Mut zu bejahen. Die Diskussion von einer öffentlichen Tribüne zur anderen, wie sie bisher zwischen den Staatsmännern der verschiedenen Länder stattgefunden hat, war eigentlich nur eine Serie von Monologen. Es fehlte ihr vor allem die Unmittelbarkeit, welche Reden und Gegenreden zwischen sich einander ein, Sprecher sprechen einander vorbei. Andererseits war es die Öffentlichkeit der Reden und die Wirkung dieser Ausenverständigungen, die ihnen die Möglichkeit eines fruchtbareren Fortschreitens raubten. Bei allen öffentlichen Verhandlungen dieser Art wird eine Form der Verbotsamkeit angewendet, die mit der Wirkung auf große Distanz und auf die Massen rechnet. Damit vergrößert man aber — bewußt oder unbewußt — den Abstand von der gegen-

seitigen Auffassung, erzeugt Mißverständnisse, die Wurzeln setzen und nicht beseitigt werden, und erschwert den freimütigen, einfachen Gebanenaustausch. Jede Rundgebung der führenden Staatsmänner wird, sowie sie stattgefunden hat und auch die zuständigen Stellen der Gegenseite darauf erwidern können, zum Begünstigen einer ideenmäßigen oder übertriebenden Bezeichnung unverantwortlicher Elemente. Aber auch die verantwortlichen Staatsmänner selbst veranlaßt die Befürchtung, die Interessen der Kriegführenden durch unangünstige Beeinflussung der Stimmung in der Heimat zu gefährden und die eigenen letzten Absichten vorzeitig zu verraten, zum Anstehen hoher Töne und zum starren Festhalten an extremen Standpunkten.

Soll also der Versuch unternommen werden, zu prüfen, ob für eine Verständigung, die

die Katastrophe einer selbstmörderischen Fortsetzung des Kampfes von Europa abzumenden geeignet ist, die Grundlagen gegeben sind, so wäre jedenfalls eine andere Methode zu wählen, die eine

unmittelbare mündliche Erörterung zwischen den Vertretern der Regierungen

und nur zwischen ihnen ermöglicht. Den Gegentand einer solchen Erörterung und gegenseitigen Beleuchtung hätten ebenso die gegenständlichen Auffassungen der einzelnen Kriegführenden Staaten zu bilden, wie auch die allgemeinen Prinzipien, die dem Frieden und dem künftigen Verhältnis der Staaten gegenüber als Basis dienen sollen und über die zunächst eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg versucht werden kann. Sobald eine Einigung über die Grundprinzipien erreicht wäre, müßte man im Verlauf der Verhandlungen versuchen, sie auf die einzelnen Friedensfragen konkret anzuwenden und damit deren Lösung herbeizuführen.

Wir möchten hoffen, daß auf Seiten keines der Kriegführenden ein Bedenken gegen einen solchen Gebanenaustausch vorliegen werde. Die Kriegsgeschannlungen erfahren keine Ueberbrückung, die Verhandlungen gingen auch nur soweit, als sie von den Teilnehmern für aussichtsreich gehalten wurden. Für die vertretenen Staaten könnten daraus keine Nachteile erwachsen, weil entfernt zu haben, müßte ein solcher Gebanenaustausch für die Sache des Friedens nur von Nutzen sein.

Was das ersehnte nicht gelingt, kann wiederholt werden und hat vielleicht mindestens schon zur Klärung der Auffassungen beigetragen.

Bevor von alten Mißverständnissen liegen sich wegräumen, die eine Kenntnis des Durchbruchs bringen, Erträge von zurückgehaltener Menschenfreundlichkeit werden sich lösen, in deren Wärme alles wesentliche bestehen bleibt, dagegen manches Gegenständliche verschwinden würde, dem heute noch eine übermäßige Bedeutung beigegeben wird.

Nach unserer Ueberzeugung sind alle Kriegführenden es der Wünschenswert, gemeinsam zu unteruchen, ob es nicht jetzt nach so viel Jahren eines opfervollen, jedoch unentschiedenen Kampfes, dessen ganzer Verlauf auf Verständigung weicht, möglich ist, dem schmerzlichen Ringen ein Ende zu machen. Die I. u. I. Regierung möchte daher den Regierungen aller Kriegführenden Staaten vorzuschlagen, zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache über die Grundprinzipien eines Friedensschlusses in einem Orte des neutralen Auslandes und zu einem näheren Zeitpunkt, worüber man noch Vereinbarungen zu treffen hätte, Delegierte zu entsenden, die beauftragt wären, die Auffassung ihrer Regierungen über jene Prinzipien einander bekannt zu geben, analoge Mitteilungen entgegenzunehmen sowie offene und freimütige Auffassungen über alle jene Punkte, die einer Präzisierung bedürfen, zu erörtern und zu erteilen.

Wird in dieser Form ein Angebot auf Einleitung von Friedensverhandlungen. Das muß untere Abwehlfen wie ein Donnerstsch treffen. Nach haben sie sich von der Bayerschen Rede nicht erfüllt und nun dieses 3. mal die Friedensangebot!

Wie werden es die Abwehlfen aufnehmen? Die Kreuzzeitung hatte gemeint, Herr v. Pappe habe in Stuttgart nicht als Regierungsmittglied, sondern als Parteimann gesprochen. Die Deutsche Ztg. hat von Pappe Rede gesprochen als einem „nationalen Standal“, gewissermaßen von einem Wanne, den man mit Schimpf entlassen müßte. Den Tag, da Herr v. Pappe seine Rede hielt, zählte das alldeutsche Blatt „zu den schwärzesten“ dieses Krieges. Die Abwehlfen kommen sich an die Annahme, daß der Kanzler die Rede des Bismarckers mißbilligen würde. Am selben Tage allerdings hat Graf Hertling vor den Werkstoffsrathen zwar nicht so ausführlich, aber doch wohl im Sinne v. Bayers gesprochen. Nun blieb den Abwehlfen nur noch der Trost, daß die Rede des Bismarckers kein Friedensangebot sei, sondern ein Programm unterer Mindestforderungen ausstelle. Jetzt ist es end mit diesem Troste vorbei.

In seiner Rede vor den reichsdeutschen Pressevertretern in Wien hat Graf Burian ausgeführt, der feindliche Verband könne sich selbst überlegen, der er bei uns in allen Fragen der Menschlichkeit keinen Widerstand, sondern eigenem Fortschrittsbedürfnisse begegnen werde. Die Gegner müßten uns nur Gelegenheiten lassen, in ruhiger Rede und Gegenseite alles zu erörtern und abzuwägen, was die Kriegführenden Parteien heute voneinander trenne, und es werde vielleicht bald, seiner weiteren Kämpfe bedürfen, um sich einander näher zu bringen. Graf Burian regte deshalb eine direkte inoffizielle Aussprache an, die noch längst keine Friedensverhandlung wäre. Auch in den letzten Tagen

hieß es, in politischen Kreisen verlautet, Graf Burian werde in Kürze für den Versuch machen, den Gedanken, den er in seiner eben erwähnten Rede angedeutet hat, praktisch durchzuführen, um auf diplomatischem Wege eine direkte informatorische Ausdrucksweise herbeizuführen. Schmeier noch als die erste Anknüpfung erhoffen ließ, hat Graf Burian seine Absicht durchgeführt. Mit Ausnahme der österreichischen Kriegsmilitäre wird dieser Schritt überall für ein gutes Zeichen angesehen. Und wenn man von einigen Wendungen der Wiener amtlichen Berichterstattung — wie z. B. daß die ersten Friedensverhandlungen im feindlichen Zustande zwischen den beiden Parteien stattfinden werden — abstrahiert, dann muß man natürlich auch nach dem Wortlaut des hochgestellten Dokuments als außerordentlich günstig abgesehen. Wenn sich die feindlichen Staatsmänner auch noch so unerschrocken und flegelhaft gebärden, die Kriegsglocke ist bei den feindlichen Vätern zweifellos im Abnehmen begriffen. Besonders jenseitig muß der Hinweis auf Neuerungen der feindlichen Staatsmänner berühren, in denen sie die Absicht der Vermeidung der Mittelmächte betreffen, woraus gefolgert wird, daß der Abbruch in den Kriegszustand und feindlichen Gegenseiten sich verringert.

Die österreichische Regierung wendet sich mit ihrem Schritte nicht nur an die feindlichen Mächte, sondern auch an die eigenen Verbündeten und besonders an den Papst und die Neutralen. Die deutsche Regierung wird von dem Schritte der österreichischen Regierung als nicht genehmigt. Sie ist jedoch nicht sehr über die Regierung des Schritts über die Neutralen billigt. In einer Erklärung, die der Staatssekretär v. Hünge am Sonnabend von den Vertretern hatte, hat der Staatssekretär von dem Vortrage der Wiener Regierung Mitteilung gemacht und ausgeführt, daß schon Graf Serling im Hauptausdruck des Reichstages am 12. Juli d. J. den Gedanken ausgesprochen habe, daß nur noch auf dem Wege der verteilichen Ausdrucksweise zwischen Vertretern der kriegführenden Mächte man sich dem Frieden nähern könne, er habe auch seine Friedensbereitschaft dadurch zu erkennen gegeben, daß er sich auf dem Standpunkte der deutschen Antwort auf die Papstnote stellte, die bekanntlich ausdrücklich Bezug nahm auf die Friedenssituation des Reichstages. Der Reichstagsrat hatte damals allerdings hinzugefügt, daß die Anregungen zu Friedensverhandlungen von den Feinden ausgehen müßten, weil für alle Friedensbestimmungen der Mittelmächte abgesehen hätten. Graf Burian wendet also von dem Reichstagsrat ab, wenn er jetzt den Versuch zu einer solchen Vorbesprechung unternimmt. Gleichwohl nähmen aber die deutschen amtlichen Stellen den Schritt Burians mit großer Sympathie auf. Allerdings geht man sich auch nur bei weicherer Hoffnung hin, daß das Vorgehen der Wiener Regierung gerade im feindlichen Augenblicke Erfolg haben könnte. Deutschland werde aber seinen Widerstand leisten, vielmehr alle Versuche, um einen Frieden herbeizuführen. Das alles klingt sehr hoffnungslos. Seiner Herr v. Hünge hat nicht enthalten können, seine Ausdrucksweise in der Parteiführer mit der Wendung zu schließen, daß die besten Friedenshoffnungen der Truppen wäre, an der Weltfront müßten zunächst die Friedensmöglichkeiten erkennen werden. Von Graf Burian hat erst noch in seiner eben in Wankelmut geballten Weisheit ausgesprochen, daß es für ihn kein Kompromiß geben könnte und England weiter kämpfen werde, weil dies die einzige jährige Grundlage für einen vollständigen Sieg über Deutschland ist. Mit seiner Bemerkung, daß an der Weltfront erst die Friedensmöglichkeiten erkennen werden müßten, hat Herr v. Hünge den Gegnern die beste Handbabe gegeben, das Burianische Angebot wie alle bisherigen Schritte als Mandat abzulehnen. Dann wäre es wieder der Unmöglichkeit der deutschen Diplomatie zu verdanken, wenn wieder einmal die Schuld für das Scheitern eines Friedensversuches an uns ausgelassen würde.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß Lord George auf das Wiener Angebot eingegangen sein würde, wenn Herr v. Hünge die ungeschickte Äußerung nicht gebraucht hätte. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß der Schritt Burians abermals erfolglos bleibt wird, weil eben Lord George nichts von Frieden ohne den Sieg Englands

wollen will, dem der Verzicht auf Gebiete wäre schon die Niederlage Englands. Deshalb hat Lord George und den beiden Vertretern der russischen Demokraten und sozialrevolutionären Vertretern in Stockholm, Bauli und Witold Poljanow, die von Henderson und Boverman zur Londoner internationalen Sozialistenkonferenz eingeladen waren und diese gegen die Vollständigerklärung einnehmen wollten, den Vorbehalt nicht unterschrieben. Der Frieden ist nach allem nur von der wachsenden Einheit der englischen und französischen Vertreter in der Friedensbereitschaft ihrer Regierungen zu erwarten. So sehr aber auch in englischen und französischen Kreisen die Friedensbereitschaft sich regt und die Fortdauer nach dem Verzicht auf Gebiete laut wird, die nötige Energie gegen ihre feindlichen Regierungen können sie selber noch immer nicht aufbringen.

Das Urteil der Presse.

In der Berliner Presse wird der Wiener Schritt ziemlich kritisch aufgenommen. Doch ist selbst die alldeutsche Presse in ihrem Urteil über die Zweckmäßigkeit des Vorgehens der Wiener Regierung ziemlich ruhig. So legt die Deutsche Zeitung, die Erfahrungen, die wir mit unseren bisherigen Friedensverträgen gemacht hätten, berücksichtigen nicht zu der Hoffnung, daß von dem Schritte des Grafen Burian eine Förderung des Friedensgedankens erwartet werden könne. Das dürfte aber die deutsche Regierung nicht hindern, die österreichische Note wohlwollend zu prüfen. Der Vorworts ist für einen Schritt der politischen Klugheit, dem Schritt Bürens mitzugehen. Nachdem Wien aber Berlin vorgegangen ist, hätte der deutschen Regierung nur übrig, sich ihm anzuschließen, das ist das einzige Mittel, schädliche Wirkungen zu verhindern. Wir meinen, die Bestimmungen, die bei uns über das Wiener Vorgehen bestehen, sind ganz unbeschädigt, da es Graf Burian in seiner Rede an die deutschen Pressevertreter gleichsam angekündigt hat und auch Graf Burian sich nicht der Illusion hingibt, daß seine Anregung nicht sofort praktische Erfolge haben werde. Zweifelhaft kann man sich darüber sein, ob es richtig war, daß Oesterreich-Ungarn den Schritt ohne Deutschland unternahm. Indes da der Vorworts schon recht, daß es jetzt keinen Zweck mehr hat, sich darüber zu unterhalten, nachdem Wien den Schritt einmal selbständig unternommen hat.

Die offizielle Nord. Wg. Wg. schreibt: „Der Widerhall, den die Wiener Rede beim gemeinen Volk Oesterreich-Ungarns an die Regierungen aller Mächte in der deutschen Presse gefunden hat, ist ein neuer Beweis für die schon so oft betonte erste Friedensbereitschaft unseres Volkes. Allenfalls tritt die Tatsache in die Erscheinung, daß der von unserem Bundesgenossen unternommene Schritt in Deutschland nicht nur wärmere Bekämpfung begegnet, sondern auch dem Geiste entspricht, die Rechte der deutschen Regierung zu überlegen, die die feindliche Volkshat der verbündeten Reiche und Völker geführt haben. Wenn sich daneben in mancherlei Richtung Zweifel an dem Erfolge des Vorgehens unseres Bundesgenossen regen, so gründen sich diese auf die Erfahrungen, die wir oder unsere Bundesgenossen bisher in allen Fällen gemacht haben, wo wir selbst, ohne eine Verständigung anzubahnen und den Europa anerkennenden Krieg auf dem Wege der Übereinstimmung zu Ende zu führen. Die Berechtigung jener Zweifel liegt also nahe. Sie ändert aber, wie ich von selbst bemerke, nichts an der Berechtigung der deutschen Regierungen, sich gern und ohne Zwang zu den Verhandlungen zu beteiligen, die etwa namentlich infolge der neuen Anregung Oesterreich-Ungarns zustande kommen sollten.“

Ein gemeinsamer Friedensschritt der neutralen Regierungen?

Berlin, 15. September. Schweizerische Grenzmelungen sprechen von einem bevorstehenden gemeinsamen Friedensschritt der neutralen Regierungen und des päpstlichen Stuhles.

Hoffentlich wird diese Meldung nicht auch wieder, wie so viele ähnliche, widerrufen.

Deutscher Heeresbericht vom 15. Sept.

mit. Großes Hauptquartier, den 15. September 1918. (Amstl.).

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bereits das Ca Basse-Ranals werden Teilangriffe des Feindes abgewiesen.

Bei Sarinacourt griff der Engländer von neuem an. Sein erster Vorstoß brachte uns vom Dünaberg zum Scheitern zurück. Inzwischen mehrfache Angriffe wurden abgewiesen. Einziges erfolgreiches Feuer unserer Artillerie bereitete den Gegenangriff vor, der uns am Abend wieder in vollen Besitz der vor dem Kampf gefallenen Linien brachte. Der Feind erlitt hier schwere Verluste und ließ etwa 100 Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Boehm.

Nächste Artillerie-Zugteile. Vordränge des Feindes am Omgenz-Dach wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Armee des Generals von Carlomaglio ließ zwischen Melle und Aisne wieder in schwerem Kampf. Nach mehrstündiger Feuerüberlieferung griff der Feind am Morgen mit starken Kräften an. Zahlreiche der Alliierte wurde er von Sanssouci und Druonville zurück abgewiesen. Brandkörper und Gasbomben wurden abgewiesen. 9 schwere Kampflinien, an denen der Gegner fast täglich versuchte, sich in den Besitz der Höhen südlich von Dargoulon zu setzen, auch gestern wiederum vier durch stützende Artillerie- und Minenwerferfeuer vorbereitete Angriffe in hartem Kampfe, teilweise im Gegenstand zum Scheitern gebracht. Das Infanterie-Regiment Nr. 20 unter Führung des Major Mühlhahn gelangte bis Melle besonders an. Ueber die Höhe südlich von Cessant ließ der Feind in den Grund von Alesant vor. Hier Gegenangriff brachte ihn fast zum Stehen. Zwischen Soucy und Tully brachen die mehrfach teilweise mit Panzerwagen vorgezogenen feindlichen Angriffe vor unseren Linien zusammen.

Einwanderer durchgehender Mitleid von Tully den Aisne-Kanal und brachten vom Südrfer Gefangene zurück. Südlich der Aisne griff der Feind in der Hauptlinie mit Schwerekräften zwischen Reuil und Romain an. Trotz schwerer Verluste, die der Feind bei verschiedenen Angriffen am Vormittag erlitt, ließ er am Nachmittag nach harter Feuerüberlieferung von neuem vor. Die folgenden den Feind zurück und machten mehr als 100 Gefangene.

Heeresgruppe Gallig.

Bereits der Straße Deban—Elsin schweren Beschüsse des Feindes. Zwiischen der Gotes Coranne und der Melle Feindangriff vor unseren neuen Linien. Der Feind, der teilweise mit Panzerwagen gegen sie in Teilangriffen versuchte, wurde abgewiesen. Die Artillerieerfolg blieb auf Stützpunkten beschränkt, was in Verbindung mit den Infanterieerfolgen zeitweilig ausreichte.

Wir hoffen getrenn 9 feindliche Ballone und 46 Flugzeuge ab.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubenborff.

Berlin, 15. September. Wie zu erwarten war, suchte die gesamte Entente die Operationen der St. Mihiel, bei denen die amerikanische Armee von General Pershing zum erstenmal zusammen geschlossen in Gefecht trat, zu einem großen Erfolge zu stemmen. Die hieran geknüpften Erwartungen und Hoffnungen, unter dem Kampfbild geflossener amerikanischer Verbände sind jedoch mitnichten erfüllt, da die deutsche Führung die Entsendung nicht durchführte, sondern auf die vorbereitete Räumung durchgeföhrt war.

Trotz aller Deute- und Gesagelmelungen ist den Amerikanern

die Störung des Abzuges der Deutschen aus dem Raume von St. Mihiel nicht gelungen. Im diesen ernstlich zu gefährden, mußten die Amerikaner und Franzosen im Norden zum mindesten die Gombresche halten und in Süden die Zintoucourt hinaus vorstoßen. Die Gombresche wurde jedoch wiedergewonnen und im Süden der amerikanische Angriff durch den rechtzeitigen Einsatz der deutschen Reserveen jüdisch Zintoucourt zum Stehen gebracht. Die Vrede genügt der nördlichen und südlichen Einbruchsstelle nicht den von dem Abzug der Garnison von St. Mihiel sicherzugehen.

Daß die Amerikaner an den Einbruchsstellen Gefangene machten, ist selbstverständlich. Die von ihnen gemachten Angaben sind jedoch weit übertrieben. Die Zahl der deutschen Vermissten reicht auch nicht annähernd an die von den Amerikanern gemeldeten Gefangenenzahlen heran. Eine derartige Fälschung läßt sich nur erklären durch die für die Entente vorliegenden Gründe der politischen Gründe die erste Art der neu aufgestellten amerikanischen 1. Armee unbedingt zu einem Erfolge zu stemmen, zumal der Fortgang der Operationen zwischen Arcoz und Coiffons nicht den von Feind erwarteten Hoffnungen und Erwartungen entspricht.

Der deutsche Abendbericht.

mit. Berlin, 15. September 1918 abends. (Amstl.).

Keine größeren Kampfhandlungen. Teilangriffe des Feindes bei Sarinacourt und südlich von Melle wurden abgewiesen. Vordränge zwischen Gotes Coranne und der Melle.

Oesterreichischer Heeresbericht.

Wien, 15. September. Amstl. und veränderlich.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz sehr gute Artillerie, Erdmündungs- und Gilegiertheit.

Der Krieg zur See.

mit. Berlin, 15. September. (Amstl.). Auf dem nächsten Seefriedensgespräch verlor der Feind durch die Tätigkeit unserer U-Boote weitere 6000 T.M.Z. Schiffstücker.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Oesterreich abgebrochen.

Reuter meldet aus Washington: Hier ist der Bericht eingelaufen, daß Frankreich die diplomatischen Beziehungen mit Oesterreich abgebrochen hat und daß beide Länder sich miteinander in Kriegszustand befinden.

Wieder eine Verschwörung entdeckt.

Aus Petersburg wird gemeldet: Große Verschwörungen wurde im Bereich der vierten Armee eine große Verschwörung aufgedeckt. Der Führer der vierten Armee unterstellten Itali-Disinen, Strauch, bekam eine Angebots von der Entente, die vierte Armee zu verlassen. Strauch weigerte sich, dies zu tun, und brachte die ganze Angelegenheit zur Räumung.

Kauf in Petersburg.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Direkte telegraphische Nachrichten über die Werbung von russischen Freiwilligen für die Entente durch einen ungarischen Beamten und über einen angeblichen Einbruch der Gegenrevolution in Petersburg. Ganz im Gegenteil ist in Petersburg alles ruhig. Das Leben geht wie immer seinen

normalen Verlauf. Die zweite dieser Berichte ist doch streifenhaft in Leger der Entente als solche und man hätte sie gegenüber eine spezifischere Fassung einbringen sollen, wenn die Entente sich für den Sturz der Sozialisten im Hinblick zum Ziel gesetzt hat und für die Errichtung dieses Staates in ihren Händen werte müßte. Sie ist selbst sehr von Verleumdungen und Lügen nicht gerührt. Diese werden selbstverständlich schon nach wenigen Tagen aufgedeckt und haben keine anderen Folgen, als ihre Urheber zu empfangen.

Falsche Nachrichten über Morbiden der Bolschewiken.

In die der Korrespondent der Telegraphen-Linien von zu fähiger russischer Stelle erfährt, werden in den letzten Tagen fortgesetzt falsche Nachrichten über Morbiden der Bolschewikeregierung verbreitet. Von einer Woge hat man eine Welle der Großkritik befehligen, die empor, oder flambendlich entstehen werden sollen. Die meisten der genannten Großkritiken beruhen sich hinter der tschecho-slowakischen Front. Neuerdings wurde gemeldet, daß Protopopow, Malafanow und Bielecki erschossen wurden. Protopopow befindet sich in Wirklichkeit in einem Sanatorium, Malafanow ist Vertreter der Bolschewikeregierung in Paris und Bielecki weilt bei drei Wochen noch in Tobolsk.

73 Sozialgegner hingerichtet.

In Zusammenhang mit dem Attentat auf Bergin, dem Befehlshaber der Sozialtruppen, und auf andere Führer des militärischen Sabotage wurden, nach einer Meldung der R.A. aus dem Haag, 73 Gegner der Sozialisten verhaftet und sofort hingerichtet. Wahrscheinlich sind so eine Schwindeldrücke.

Prozess gegen sozialdemokratische Abgeordnete.

Berlin, 18. September. Nachdem die umfassende Untersuchungen über insgesamt 88 verhaftete sozialdemokratische Landesabgeordnete abgeschlossen ist, beginnt in den nächsten Tagen die Gerichtsverhandlung, deren Dauer auf mindestens 10 Tage berechnet wird.

Abkommen zwischen der Ukraine und den Zentralmächten.

In Kiew ist von dem ukrainischen Minister Guntin, dem deutschen Botschafter Grafen v. Wurm und dem österreichisch-ungarischen Botschafter Herrn Fergas ein Abkommen unterzeichnet worden, das die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zwischen der Ukraine einerseits und Deutschland und Oesterreich-Ungarn andererseits für die Kriegszeit 1918 regelt. Nach diesem Abkommen wird die Ukraine den Mittelmächten bestimmte Mengen Getreide, Vieh, Zucker und andere Nahrungsstoffe sowie Rohstoffe liefern oder deren Absatz freigeben. Die Bezahlung der wichtigsten ukrainischen Rohstoffe, insbesondere von Getreide, Zucker, erstgütigen Rohstoffen und anderen Rohstoffen, wird durch die Mittelmächte durch ihre Lieferanten insbesondere bestimmte Mengen Kohlen und Mineralölzweigeln liefern. Ferner sind im Interesse des Verkehrs zwischen den Mittelmächten und der Ukraine Vereinbarungen über Fragen der Ausfuhr nach der Ukraine und der Durchfuhr sowie über Eisenbahntarife und Zölle getroffen worden.

Ein amerikanisches Schandurteil.

Aus Cleveland ist 1918 wird gemeldet: Der liberale Gerichtshof Eugen Debs, der viermal sozialistischer Kandidat für die Präsidentschaft gewesen ist, zu 10 Jahren Gefängnisstrafe wegen Verletzung des Spionagegesetzes verurteilt. Debs wird beschuldigt, in verschiedenen seiner Reden zum Widerstand aufgereizt und der Ausweitung von Soldaten entgegen gewirkt zu haben.

Nach einem neueren Telegramm aus Cleveland ist Debs gegen Stellung einer Dankschreiben aus der Haft entlassen zu werden. Er wird gegen die Urteil Berufung einlegen.

Rücktritt des Leiters der Humanität.

Der Republikaner Debs ist in einem Schreiben an den Schriftführer der sozialistischen Partei angekündigt, daß er von der Leitung des Parteibüros der Humanität zurücktritt.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Verpöndungen der Parteiführer mit der Regierung.

Aus Berlin wird gemeldet: Der Reichstagsrat empfing im Laufe des Sonntags die Führer der Parteiparteien des Reichstages, die Abgeordneten des Reichstages vom Zentrum, Führer von der fortschrittlichen Volkspartei und Sechsbanner von der Sozialdemokratie. Es wurde in der 24-stündigen Konferenz die Ausdrucksweise über die Wiener Friedensnote, die die Parteiführer am Abend vorher mit der Wiener Staatssekretär von Hünge gehabt hatten, vorgelegt und auch eine Reihe innerparteilicher Probleme behandelt. Die Staatssekretäre Wallat und v. Hünge nahmen an der Konferenz teil. Heute werden die Vertreter der Parteiparteien im Reichstage eine vertrauliche Besprechung abhalten, um sich über die Einberufung des Hauptkongresses der Entente zu beraten. Die eingehliche Einberufung darüber wird von dem Ergebnis der heutigen Besprechung mit der Regierung abhängen.

Die Unabhängigen und die Einberufung des Reichstages.

Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie hat den bereits gemeldeten Antrag an den Reichstagsrat zur Einberufung des Reichstages wie folgt begründet: Die Entente hat sich verpflichtet, in der Durchführung des Reichstages vom 18. Juli d. J. gegen seine Verletzung Widerstand zu erheben, haben sich als richtig erwiesen und sind durch den Gang der Ereignisse noch verstärkt worden. Während der Staatssekretär des Reichstages, der selbstretende Generalabgeordnete, der Kronprinz, der deutsche Reichstag der Reichstagsrat sich frei über die politische Lage äußern, bleibt die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes stumm. Inzwischen ist der Zustand der Welt-Ökonomie für den Reichstag rätiglich worden, ohne daß nach der Verfassung erforderliche Zustimmung des Reichstages eingeholt ist. Es ist nicht nur das Recht, sondern nach unserer Auffassung auch Pflicht des Reichstages, so schnell wie möglich auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Von der R. A. ist behauptet worden, daß die sozialdemokratische Fraktion einseitig der Verlegung des Reichstages zugestimmt habe. Die R. A. müßte wissen, daß das nicht richtig ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat mit der unabhängigen Fraktion einig über die freigelegene Lage der Reichstagsrat sich frei über die politische Lage äußern, bleibt die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes stumm. Inzwischen ist der Zustand der Welt-Ökonomie für den Reichstag rätiglich worden, ohne daß nach der Verfassung erforderliche Zustimmung des Reichstages eingeholt ist. Es ist nicht nur das Recht, sondern nach unserer Auffassung auch Pflicht des Reichstages, so schnell wie möglich auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Das Verbot gegen Einser v. Gen. Aus München wird gemeldet.

Die Borministerie gegen die bei dem Streit im Januar 1918 ergriffene Maßnahme (Kurt Eisner v. Gen.), gegen die ein Verbot gegen die Sozialdemokratie ergriffen wurde, ist nunmehr abgelaufen. Ein Gesetz von der Reichstagsrat am Entwurf aus der Zeit wurde wegen Finanzverdrugs abgelehnt.

